

Laibacher Zeitung.

Nr. 138.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Postung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 21. Juni

Ersetzt und gedruckt bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Infectionsstempel jedesm. 50 fr.

1869.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juni d. J. zum Director der chirurgischen Lehranstalt in Olmütz den dortigen Professor Dr. Franz Moschner allergnädigst zu ernennen geruht.
Hafner m. p.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjuncten Moriz Schwarzenberg in Laibach zum Staatsanwalts-Substituten in Laibach ernannt.

Am 19. Juni 1869 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XLIV. und XLV. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und verendet.

Das XLIV. Stück enthält unter Nr. 100 den Staatsvertrag vom 27. Februar 1869 zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Königreiche Italien wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern; abgeschlossen zu Florenz am 27. Februar 1869, von Sr. k. und k. Apostolischen Majestät ratificirt am 31. März 1869, in den beiderseitigen Ratificationen ausgewechselt am 17ten Mai 1869;

Nr. 101 das Uebereinkommen vom 2. Juni 1869, welches auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1869 zwischen dem k. k. Handelsministerium und dem Finanzministerium in Vertretung des k. k. Aerrars einerseits und dem Verwaltungsrathe der k. k. priv. Kaiser-Franz-Joseph-Bahn andererseits unter Beirath der Vamunternehmung: Gebrüder Klein und A. Lanna, zum Zwecke des sofortigen Ausbaues der Linien dieser Eisenbahn abgeschlossen worden ist.

Das XLV. Stück enthält unter Nr. 102 den Zusatzartikel vom 12. Februar 1869 zum Postvertrage vom 3. September 1867 zwischen Oesterreich und Frankreich; die Bestimmungen dieser Additionalconvention haben, in Folge einer Vereinbarung mit der k. französischen Postverwaltung, mit 1. Juli 1869 in Wirksamkeit zu treten.
(Br. Ztg. Nr. 139 vom 19. Juni.)

Nichtamtlicher Theil.

Bur Affaire des Bischofs von Linz

wird folgende treffende Zusammenstellung veröffentlicht: „Der christliche Staatsbürger ist vor „Gott und seinem Gewissen“ (auf die sich der Bischof in seiner Kenitz, beruft) verbunden, dem bürgerlichen Gesetze zu gehorchen, so lange dieses nicht dem göttlichen Gesetze widerspricht. Jeder Christ kennt das apostolische Wort: „Jeder Mensch sei den höheren Gewaltträgern unterthan; denn es ist keine Gewalt außer von Gott, welche aber bestehen, sind von Gott verordnet. Wer daher der Gewalt sich widersetzt, widerstrebt der Anordnung Gottes. Welche sich aber widersetzen, ziehen sich selbst die Verurtheilung zu. . . . Seid daher nothgedrungen unterwürdig, nicht blos um der Strafe, sondern auch um des Gewissens Willen.“ — Und: „Seid unterthänig dem Könige oder dem von ihm bestellten Obern, denn so ist es der Wille Gottes.“ — Die Anwendung dieser christlichen Vorschriften auf den vorliegenden Fall ergibt sich von selbst. Das dem XIV. Concordatsartikel derogirende Staatsgesetz entzieht den Bischöfen in Oesterreich, welche wegen Verbrechen gegen die Staatsgesetze angeklagt werden, den privilegierten Gerichtsstand und unterstellt sie dem ordentlichen bürgerlichen Richter. Käuft diese Anordnung des österreichischen Staatsgesetzes wider das göttliche Recht? Nur wenn dieses der Fall wäre, könnte ein Bischof zu den bürgerlichen Richtern sprechen: „Urtheilet selbst, ob es vor Gott gerecht sei, Euch mehr als Gott zu gehorchen.“ Daß aber der privilegierte Gerichtsstand der Geistlichen in bürgerlichen Rechtsachen nur auf menschlichem Rechte ruhe, die Geistlichkeit dieses Vorrecht nur der Staatsgewalt zu verdanken hatte, und diese mittelalterliche Institution nirgends mehr als im Kirchenstaate zu Recht besteht, ist allbekannt. Hat der Erlöser seine Apostel angewiesen, die weltlichen Richter, falls sie vor dieselben gestellt werden, zu perhorresciren? Er selbst stand Rede vor Pilatus und der Weltapostel Paulus suchte auf dem Wege der Berufung Recht vor dem heidnischen Kaiser. Steht eine päpstliche Anordnung, welchen den österreichischen Bischöfen verbietet, vor dem bürgerlichen Richter zu erscheinen, über den Anordnungen des Erlösers und der Apostel?

Die amtliche „Einzer Ztg.“ bringt folgende Erklärung:

„Undank ist der Welt Lohn“, lautet die Aufschrift eines Artikels, in welchem das Linzer Volksblatt den Umstand bespricht, daß die Conventualen des um die Verbreitung von Wissenschaft und Kultur so hochverdienten auch in liberalen Kreisen so geachteten Stiftes Krems-

munster bei den Ernennungen der Bezirksschulinspectoren dennoch übergegangen wurden.

Es ist wirklich höchst komisch, zu sehen, wie sich das „Volksblatt“ selbst darüber verwundert, daß Jemand seine Stimme für die des gesammten Clerus nehmen könnte. Wir werden uns eines so groben Irrthums gewiß nicht schuldig machen, dazu kennen wir den v. ö. Clerus zu gut. Wir nehmen die Stimme des „Volksblattes“ einfach als das, was sie ist, nämlich als die Stimme des Redacteurs dieses Blattes und seiner wenigen fanatischen Patrone, und sind fest überzeugt, daß, wenn einmal der gesammte Clerus dazu kommen wird, seine Stimme zu erheben, der geehrte Herr, der sich gegenwärtig in dessen Namen zu sprechen annahm, gar bald wieder zu jenem beschaulichen Klosterleben zurückkehren dürfte, das er im Interesse des Clerus nie hätte verlassen sollen.

Was aber den Kern der Sache betrifft, darf das „Volksblatt“ die Vertretung der Conventualen von Kremsmunster getrost dem Stifte selbst überlassen. Der hohen Achtung sich bewußt, die ihm die Regierung jederzeit verdienter Maßen geschenkt hat, dürfte es auch den Ideengang des „Volksblattes“ nicht theilen, sondern eher der Regierung Dank wissen, daß es vor ähnlichen und wahrscheinlich noch heftigeren Angriffen und Verunglimpfungen, als jene, mit denen das „Volksblatt“ die neu-ärarischen Volksschul-Inspectoren so freigebig bedenk, bewahrt blieb. Das „Volksblatt“ wird daher wohl allein eine Profodilsthräne weinen müssen, die wir, wenn wir nicht irren, bereits in seinem Auge blitzen sehen.“

Die Lage Italiens.

Triest, 19. Juni. Aus Florenz 17. Juni, wird geschrieben: Die Scandale in der Kammer und außerhalb derselben hatten einen solchen Grad erreicht, daß das Ministerium sich entschließen mußte, das Parlament zu vertagen. In der heutigen Sitzung wurde das Decret verlesen, womit die Kammer auf unbestimmte Zeit prorogirt wird. Die Deputirten schieden lautlos. Die Enquete-Commission über die Tabakregie wird ihre Arbeiten auch nach Schließung der Kammer fortsetzen. Ungedacht der eifrigen Untersuchungen ist es bis jetzt der Polizei nicht gelungen, den Urheber des Attentats auf Herrn Lobbia ausfindig zu machen und es herrscht die allgemeine Meinung, daß alle Versuche, diese geheimnißvolle Angelegenheit aufzuklären, fruchtlos sein werden. Gleichzeitig mit der Vertagung der Kammer hat das Ministerium die Finanzgesetze, welche von dem Privatausschusse der Kammer verworfen wurden, zurückgezogen. Die Aufregung im Lande nimmt immer zu. In Mailand haben gestern Abends Unordnungen stattgefunden. Man hat die Fenster der Redactionslocale der Journale „Perseveranza“ und „Pungolo“ eingeworfen, und es wurde von den Stufen des Doms auch eine Rede gehalten, welche mit den Worten schloß: Auf Wiedersehen bei den Barricaden. „Pungolo“ warnt davor, das Land der Anarchie zuzuführen, d. h. dem moralischen und materiellen Ruin, der Ohnmacht und dem Elend. Die „Persev.“ entwirft eine ungemein trübe Schilderung der Lage, in der sich Italien gegenwärtig befindet, und weist namentlich auf die unermüdlige Thätigkeit der Secten hin, die Alles unterwühlen und eine Explosion vorbereiten, welche zur gegebenen Zeit stattfinden soll. Florenz ist ruhig. Unter diesen schwierigen Umständen hängt die Erhaltung der Ruhe ausschließlich von den energischen Maßregeln der Regierung ab.

Die Emeuten-Processe in Frankreich.

Paris, 16. Juni. Das „Journal des Debats“ berichtet: „Die Untersuchungsrichter, welche mit der Führung des Processes, zu dem die Unruhen vom 8, 9. und 10. Juni Anlaß gegeben haben, betraut sind, haben sich gestern nach dem Fort von Bicêtre begeben; desgleichen erschien dort der kaiserliche Procurator in Begleitung zweier Substituten, eines Greffier und zweier Unterbeamten des Parquets. Die Gegenwart dieser richterlichen Personen und der von ihnen entwickelte Eifer verscheuten nicht, die lebhafteste Befriedigung unter den Gefangenen zu verbreiten. Noch im Laufe des gestrigen Tages wurden mehr als vierhundert Gefangene verhört und über zweihundert konnten im Laufe des Nachmittags auf freien Fuß gesetzt werden. Auch hörte man während des ganzen Abends in den Umgebungen von Bicêtre nur Rufe und Gesänge, welche nichts weniger als einen aufrührerischen Charakter trugen, und viele Weinwirthe an der Straße

von Bicêtre nach Paris erzielten sehr unerwartete Einnahmen. Man glaubt, daß das Verhör sämtlicher Gefangenen von Bicêtre heute (Mittwoch) geschlossen werden dürfte. Unter den Personen, welche im Laufe der letzten Woche verhaftet wurden, befinden sich fünfmal soviel Neugierige als Schuldige; es scheint also so ziemlich gewiß, daß die Gerichte kaum zweihundert Angeklagte abzurtheilen haben werden. Sobald das Verhör beendet ist, werden die Angeeschuldigten nach Mazas gebracht werden. Was die gegen mehrere Personen, worunter einige Journalisten, eingeleiteten Verfolgungen unter der Anschuldigung eines Complots betrifft, so können wir hierüber nichts sagen, da die Angeeschuldigten in strengster Einzelhaft gehalten werden. Herr v. Sonet ist besonders mit dieser Untersuchung beauftragt. Das Barreau ist wegen der Verhaftung zweier seiner Mitglieder, der Herren Camille Bocquet und Eduard Laferrière, in lebhafter Bewegung gerathen. Im Justizpalast circulirt eine Petition, welche sich mit Unterschriften bedeckt. Die Bittsteller erbieten sich als Bürgen für ihre Collegen, und verlangen, daß dieselben provisorisch auf freien Fuß gesetzt werden. Der Vatonnier der Pariser Advocaten, Herr Grévy, konnte noch nicht die Erlaubniß erwirken, die Herren Bocquet und Laferrière zu sehen.

Wie die „Franz. Corr.“ vernimmt, sind in Folge einer Unterredung, welche Grévy und Jules Favre mit dem Justizminister Baroche gehabt haben, die Herren Bocquet und Laferrière gestern Abends auf freien Fuß gesetzt worden. Wie erfreulich und gerecht auch die letztere Thatsache sein mag, darf man sich doch wundern, daß Herr Jules Favre und sein Colleague von der Kammer und vom Barreau trotz der herben Lektion, welche der Erstere soeben in den Pariser Wahlen erhalten hat, es nicht verschmähten, sich mit dem Justizminister persönlich in Verbindung zu setzen und von diesem eine Vergünstigung zu erwirken, die nur denjenigen Opfern der letzten Verhaftungen zu Statten kommt, welche zufällig so glücklich sind, Mitglieder des Pariser Advocaten-Standes zu sein. Es ist gewiß nicht anzunehmen, daß die Herren Bocquet und Laferrière unschuldiger sind, als die gleichzeitig mit ihnen verhafteten Journalisten vom „Reveil“; ihre Entlassung hat demnach den ganzen Anschein einer Gnade, einer persönlichen Gefälligkeit des Herrn Baroche für seine ehemaligen Collegen Grévy und Favre, und doch waren es gerade diese gemüthlichen Beziehungen zu gewissen Regierungsmännern, welche man dem Letzteren vom Standpunkte der radicalen Opposition zum Vorwurf machte. Der Zwischenfall beweist denn doch, daß es blos eine schöne Redensart war, als Herr Jules Favre nach endlich durchgesetzter Wahl im siebenten Bezirk gelobte, auch den Gesinnungen der gemüthlichen Minorität Rechnung tragen zu wollen. Erst im Laufe des heutigen Tages und ganz unabhängig von dem von Jules Favre gethanen Schritt sind auch drei andere Verhaftete, der Professor Morel, Herr Briosne und Herr Lesfranzais (welcher im vierten Bezirk von Paris als socialistischer Candidat gegen Picard aufgetreten war), in Freiheit gesetzt worden.

Den officiösen Blättern wird von der Polizei-Präfectur folgende Notiz mitgetheilt: „Die Zahl der aus Anlaß der Unruhen vom 10. und 11. Juni Verhafteten kann auf eilfhundert geschätzt werden. Diese gruppenweise verhafteten Individuen mußten provisorisch in der Conciergerie untergebracht werden, wo sie indeß nur sehr kurze Zeit geweilt haben. In der That setzte sich die Verwaltung schon am 12. im Hinblick auf die Unmöglichkeit, die Verhafteten nach einem der Pariser Gefängnisse zu schicken, mit der Militärbehörde in Verbindung, um von derselben zu erwirken, daß ihr das Fort von Bicêtre zeitweilig überlassen würde, was denn auch geschah. Dieses Fort wurde sofort von dem Material befreit, welches es angefüllt hatte, in ein Civilgefängniß umgewandelt, und konnte schon am 12ten Abends 564 Inhaftirte aufnehmen, der Rest der Gefangenen wurde am Abend des 13. hingebbracht. Der Transport wurde durch die Gefängniswagen des Ministeriums des Innern und der Polizei-Präfectur bewirkt. Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen schritt die Behörde in aller Eile zu einer raschen und summarischen Prüfung des Falles der einzelnen Verhafteten und Alle, auf welchen nicht besondere Beschuldigungen lasteten, wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Dieses Verfahren gestattete, gleich in den ersten Tagen und vor jeder gerichtlichen Untersuchung 330 Personen die Freiheit wiederzugeben. Andererseits vereinigte die Behörde alle auf diejenigen Individuen, welche sie nicht selbst freilassen

zu sollen glaubte, bezüglich Actenstücke und überfandete sie als dringlich dem Gerichte, indem sie alle Schriftstücke hinzufügte, welche geeignet sein konnten, das richterliche Verfahren aufzuklären. Schon am 14. Morgens begaben sich zwölf Untersuchungsrichter nach dem Fort von Bicêtre, richteten sich daselbst ein und vernahmen die Gefangenen. Dieses erste Verhör hatte wiederum die Entlassung einer bedeutenden Zahl von Verhafteten zur Folge. Bis zum 16. 3 Uhr waren 516 Gefangene durch den Untersuchungsrichter der Freiheit wiedergegeben. Es ist unrichtig, daß, wie ein Blatt behauptet, die Correspondenz der Gefangenen nach Außen Hindernissen unterworfen gewesen wäre. Die beiden ersten Tage, das heißt während der Unruhen, wurden die Briefe der Gefangenen aus Vorsicht einer flüchtigen Prüfung unterzogen, bevor sie an ihren Bestimmungsort befördert wurden. Diese Maßregel hörte aber mit der Bewegung in der Stadt auf und die Angeeschuldigten hatten alle Freiheit, Briefe zu schreiben oder zu empfangen. Was die Art des Transportes betrifft, so braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß die Zahl der in Masse am Abend des 11. und 12. Juni nach Bicêtre zu schaffenden Individuen 550 überstieg und man daher gezwungen war, zu den einzigen Beförderungsmitteln Zuflucht zu nehmen, welche eine rasche und sofortige Verfertigung so vieler Individuen sichern konnten.

Dem „Figaro“ zufolge befanden sich unter den 1033 Gefangenen von Bicêtre 334 Arbeiter, 243 Diensthofen und Kellner, 126 Commis, 120 Beamte aller Art, 80 Kaufleute, 25 Rentiers und 105 Personen, welche eine liberale Profession haben. Von ihnen waren 26 sechzehn Jahre alt und darunter, 258 älteren sechzehn bis zwanzig, 317 fünf und zwanzig bis dreißig und 207 dreißig Jahre und darüber.

Die Gladstone'sche Kirchenbill.

Die seit drei Wochen mit Aufgebot aller Kräfte vorbereitete Demonstration gegen die Gladstone'sche Kirchenvorlage ging am 18. Juni in Manchester vor sich. Die conservativen Vereinigungen in den größeren Städten hatten im Zusammenhange mit ihren Parteigenossen in der Hauptstadt von Lancashire wacker gearbeitet. Die Organisation war wie gewöhnlich bei den Tories vortrefflich und unter großem Zuschauerandrang bewegte sich ein unabsehbarer Zug mit vielen Fahnen und Musikbänden dem Orte zu, wo das Meeting gehalten werden sollte. Dort hatte sich mittlerweile schon eine gewaltige Anzahl Menschen versammelt, die durch den Zug und die mit diesem wieder einströmenden Neugierigen noch bedeutend anschwoll. Auf dem Versammlungsplatze befanden sich nach approximativer Schätzung um 5 Uhr gegen 110.000 Menschen, die eine Stunde später sich bis auf 180.000 vermehrt haben sollten, doch muß man hier die unzähligen Neugierigen in Abzug bringen. So viel steht indessen fest, daß selbst, wenn man die Uebertreibung um ein Beträchtliches reducirt, die Demonstration noch immer eine sehr große bleibt. An einem Punkte, den der Zug passirte, zählte man über 20.000 Theilnehmer an demselben und eine noch einigermaßen größere Zahl drängte sich am Orte des Meetings um die 10 Tribünen und hob als Zeichen der Zustimmung bei den verschiedenen beantragten Resolutionen die Hände empor.

Was den Inhalt der gefaßten Beschlüsse anbelangt, so stützten sich dieselben hauptsächlich auf den Krönungseid, nach welchem die Trennung der Kirche vom Staat und die Einziehung der Kirchengüter in Irland als Verletzung einer Verpflichtung der Krone betrachtet werden müssen. Das Papiethum, der Unglaube, der Radicalismus und die Revolution wurden ebenfalls ausgiebig behandelt und schließlich das Verhalten der Regierung bei Freilassung der verurtheilten Fenier entschieden verurtheilt. Ueberhaupt ließ die Sprache der verschiedenen Redner an Energie des Ausdrucks nichts zu wünschen übrig, obschon die Argumente womöglich noch schwächer waren als bei früheren Gelegenheiten. Nachdem die beliebten Ausdrücke „Räuber, Verräther, Gottes- und Kirchenschänder“ etc. in ihrer Anwendung auf den Premier erschöpft waren, verschmähten manche der Redner nicht, selbst das Aeußere Gladstone's zum Gegenstande ihrer Beschimpfungen zu machen. An mehreren Stellen wurde er mit Judas dem Erzschelm an Gottlosigkeit auf eine Stufe gestellt, aber ein Vorkämpfer der streitenden Kirche war hiemit noch nicht zufrieden und erklärte das Haupt der Regierung für schlimmer als Judas, denn dieser habe doch wenigstens Reue empfunden.

Das Meeting schloß unter dem Gesänge des „God save the Queen“. Die Nacht verlief in aller Ruhe, nur einige durch Spirituosen begeisterte Kirchenfreunde konnten sich nicht enthalten, in das irische Viertel von Manchester einzudringen und ihren Gefinnungen lauten Ausdruck zu verleihen. Die Söhne der grünen Insel machten ihnen jedoch nachdrücklich klar, daß dort kaum der passende Ort für Demonstrationen sei, und es blieb bei einigen vereinzelt Keilereien ohne schlimme Folgen.

Sonst fanden noch ähnliche Versammlungen in Liverpool, Bristol, Bolton, York, Shrewsbury, Dover und Cambridge statt, die jedoch wenig bedeutend sind und nähere Erwähnung nicht verdienen.

Eine Gegenagitation ist einstweilen nur in der Vorbereitung begriffen und wird erst einen öffentlichen Ausdruck erhalten, sobald die Lords wirklich die Kirchenbill verwerfen. Neben der bereits zu ihren Vätern versammelten Reformliga, die in diesem Falle einen baldigen Auserstehungstag feiern würde, dürfte in einem solchen Falle namentlich die noch unversehrt fortbestehende Reformunion, die unter einem Hauptquartier in Manchester 300 bis 400 Zweigvereine in den Provinzen hat, von sich reden machen. Ein großes Meeting in der Free Trade-Hall in Manchester und eine Reihe von Versammlungen in der St. James Hall hier sind bereits in diesem Falle in Aussicht genommen.

Oesterreich.

Wien, 17. Juni. (Umschwung in Tirol.) Aus Tirol wird eine sehr erfreuliche Wendung der Dinge berichtet. Es wird als Thatsache gemeldet, daß Wälschtirol, das bisher im Landtage nur schwach vertreten war, den nächsten Landtag beschicken werde. Dadurch wird die liberale Partei ansehnlich verstärkt, so zwar, daß die Majorität der Clericalen in Frage gestellt erscheint. Die Auflösung des Landtages, welche von der Regierung in Aussicht genommen war, wird demgemäß unterbleiben, bis zu dem Zeitpunkte, wo das Parteienverhältniß geklärt sein wird. Sollte sich herausstellen, daß trotzdem eine clericale Majorität den Landtag beherrscht, dann kann die Regierung guten Muthes zur Auflösung des Landtages schreiten, denn die Neuwahlen werden jedenfalls ein der liberalen Partei günstiges Resultat ergeben.

— 19. Juni. (Das Extra-Ordinarium des Kriegsbudgets) beträgt 4,761.000 fl., darunter die Kosten für zwei Flussmonitors und hundert Kartätschengeschütze.

Wien, 17. Juni. (Sizung des Unterhauses.) Nach erfolgter Abgabe der Stimmzettel für die Finanz-, Eisenbahn- und Staatsschuldencontrolcommissionen wird das Referat der Centralsection über den Gesetzentwurf bezüglich der Ausübung der richterlichen Gewalt verlesen. Die Section empfiehlt die Annahme desselben mit unwesentlichen Modificationen.

— 18. Juni. (Sizung des Unterhauses.) Das Wahlergebnis für die Finanz- und die Eisenbahncommission wird verkündet. Der Justizminister überreicht den Gesetzentwurf bezüglich der Aufhebung der Prügel- und Kettenstrafe.

Ugram, 18. Juni. (Die Installation des Banus Baron Rauch) wird wahrscheinlich am 4. August programmäßig mit großem Pompe stattfinden.

Rusland.

Berlin, 18. Juni. (Sizung des Zollparlaments.) Delbrück erklärt in Beantwortung einer Interpellation, daß der neue Ministerresident des norddeutschen Bundes in Mexiko die Instruction hat, Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Mexiko einzuleiten. Die Auffassung der mexikanischen Regierung entspreche der diesseitigen. Delbrück hofft bereits in der nächsten Session den Handelsvertrag vorzulegen. Der Antrag des Abgeordneten Metz, der Bundesrath möge Angelegenheiten des augenblicklichen Tages der heftigen Landstände dem gleichzeitigen Tagen des Parlamentes der Einzelstaaten entgegenwirken, wurde fast einstimmig angenommen, nachdem auf Wunsch des bairischen Ministerpräsidenten die Motivirung des Antrages wegen Hessen gestrichen wurde.

Florenz, 17. Juni. (Sizung der Deputirtenkammer.) Der Finanzminister kündigt an, daß er die bei den finanziellen Vertragsabschlüssen Theilgenommenen eingeladen habe, wegen einer Revision dieser Verträge zu unterhandeln. Der Minister hofft, daß diese Verhandlungen zu einem günstigen Resultat führen werden. Einstweilen ziehe er den Gesetzentwurf mit welchem er diese Verträge eingebracht, zurück. Der Minister des Innern verliest hierauf ein Decret, durch welches die Parlamentssession vertagt wird. Ein anderes Decret wird den Tag der Wiedereinberufung bekanntgeben.

Rom, 17. Juni. (Verschiedenes.) Am 25ten d. wird ein Consistorium zur Ernennung von Bischöfen abgehalten. Die Ernennungen von Cardinalen sind verschoben, jedenfalls werden Chigi, Falcinelli und Gianelli den Purpur erhalten. Man behauptet fortwährend, daß Frankreich sich dem Concil immer feindlicher zeige. Lavalette soll sich entschlossen gezeigt haben, sich dem Concil offen zu widersetzen. General Kanzler inspicirt einige Punkte an der Grenze, besonders gegen Neapel.

Paris. (Die Kammeression.) Einige Pariser Blätter, so die „France“ und die „Patrie“, erklären ausdrücklich, was übrigens nach dem Texte des Einberufungsdecretes nicht zweifelhaft sein konnte, daß die am 28. d. M. beginnende Session ausschließlich der Verifikation der Wahlen gewidmet sein wird und kaum länger als sechs Wochen währen dürfte. Dies ist festzuhalten, wenn andere Blätter von einer durch die Abgeordneten der Opposition zu veranlassenden Enquete über die jüngsten Unruhen, von Interpellationen über diesen Gegenstand, über die Unterstellungen des amtlichen Blattes u. s. w. sprechen. Alle derartigen Anträge könnten

erst nach beendeter Verifikation eingebracht werden und man kann sich darauf verlassen, daß die Regierung, sobald die letzte Wahl geprüft und bestätigt worden, die Kammer auf der Stelle auflösen wird. Darum wird die kleine Session nicht minder eine stürmische und nicht minder geeignet sein, die neue Gruppierung der Parteien in der Kammer zu charakterisiren. Der Minister des Innern, welcher in diesem Augenblicke auf das eifrigste die Wahllisten studirt, verhehlt sich nicht, daß er in manchem Falle einen schweren Stand haben werde, und zwei oder drei Präfecten sollen bereits auf die Sterbeliste gesetzt sein. Da es sich hier immer um die große Frage der officiellen Candidaturen handelt, in welcher eigentlich das Princip der persönlichen Regierung gipfelt, so werden diese Debatten ausgiebige Gelegenheit bieten, das Stimmenverhältniß des neuen Hauses festzustellen und auch, worauf man am begierigsten ist, erkennen zu lassen, welches das unterscheidende Merkmal zwischen den „Unersöhnlichen“ und den bisherigen Führern der Opposition ist. Wenn man von Raspail absteht, welcher in der Kammer nur wie ein Gespenst von 1848 seines einsamen Weges wandeln wird, könnte man darauf wetten, daß die übrigen neuen Ankömmlinge der Opposition sich ruhig unter die Fahne Jules Favre's schaaren werden, der nur seinerseits die Sprache um einen Ton höher wird stimmen müssen. Von Herrn Ollivier erfährt man in den letzten Tagen, daß er ganz und gar in das Fahrwasser der gouvernementalen Majorität eingeseigt ist.

— 17. Juni. (Französische Stimme über den preussischen Zeitungskrieg wider Oesterreich.) Die „Opinion Nationale“, ein in der Regel für Oesterreich und die Action österreichischer Staatsmänner eben nicht sonderlich sympathisch gefinntes Blatt, findet die „in preussischen, und zwar selbst in hochofficiösen Blättern systematisch geübte Gehässigkeit“ so auffällig, daß sie dieselbe in einem besonderen Artikel beleuchtet. Man wolle Oesterreich um jeden Preis als von einem unheilbaren Uebel unterminirt darstellen, ohne Unterlaß alle dortigen Geschehnisse im trübsten Lichte erscheinen lassen, ohne Raft und Ruh Angriffe gegen die eisleithanischen Staatsmänner richten und sowohl die deutschen, als auch die czechischen und ungarischen Bevölkerungen zum Gegenstand fortwährender Aufstachelungen machen. Von dieser seltsamen und ungeschicklichen Haltung könnte man sagen, daß sie mitten im Frieden die praktische Entwicklung der während des Krieges in der famosen, dem Florentiner Cabinet durch den Grafen Ufedom mitgetheilten Note formulirten Principien ist.“ Der Zweck jener ausdauernden und hartnäckigen Taktik liege am Tage. Man wolle in Preußen nicht von der Verfolgung des Planes ablassen, an die Spitze der Leitung aller Länder des ehemaligen deutschen Bundes, die deutschen Provinzen Oesterreichs mitinbegriffen, zu treten; behufs der Verwirklichung dieses Projectes suche man die kaiserliche Regierung in Deutschland jeder Popularität verlustig zu machen und die verschiedenen Nationalitäten des Kaiserreiches zu unversöhnlichem Haß gegen einander aufzustacheln. Die Deutschen in Oesterreich wolle man glauben machen, der Dualismus werde sie den Ungarn unwiderruflich preisgeben und in Ungarn verbreite man wieder den Gedanken, die kaiserliche Regierung wolle um jeden Preis ihre Autonomie schmälern; auf solchem Wege hoffe man die Magyaren zu Anforderungen in stets steigender Proportion zu veranlassen und so indirect die Deutschen zu vermögen, daß sie sich mit ihren Hoffnungen und Sympathien Berlin zuwenden. Und doch sollte man in Preußen wissen, daß wenn zwischen ihm und den noch unabhängigen, jenseits des Main gelegenen Staaten, eine gewaltige Unvereinbarkeit der Race und Gesittung, der Confession, Tendenzen und Interessen besteht, wie sie im preussischen Parlamente von der Regierung selbst constatirt wurde, eine noch tiefere Kluft zwischen Preußen und den Deutschen in Oesterreich existirt, die durch den beständigen Contact und die unablässige Kreuzung mit Czechen, Slaven, Magyaren, Italienern und Rumänen bereits umgestaltet sind.

Im weiteren Verlaufe des Artikels gelangt die „Opinion Nationale“ zu dem Schlusse, daß man sich in Preußen auf einer abschüssigen Bahn bewege, auf der das Einhalten ungemein schwierig sei. Die Eroberungen und Annexionen hätten gefährliche Nothwendigkeiten im Gefolge, und nöthigten zur Einhaltung einer Politik, die häufig in directem Widerspruch zu dem traditionellen Ideal der Deutschen stehe. „So zum Beispiel“ — heißt es in dem Artikel weiter — „hatte man jenseits des Rheins von jeher den Grundsatz aufgestellt, daß die Aktionsphäre der deutschen Race durch die Macht Oesterreichs sich einerseits bis zur Etsch, andererseits bis zu den Donaumündungen erstrecken müsse. Nun hat aber die preussische Politik zunächst das Resultat gehabt, Venetien der deutschen Suprematie zu entziehen, und gegenwärtig ist sie bemüht, sich mit allen erdenklichen Mitteln der Ausdehnung Oesterreichs bis zu den Ufern der unteren Donau entgegenzustellen, obwohl dieser Strom eine Lebensader des deutschen Handels ist. In solcher Richtung begegnen wir jetzt eben in der „Berliner Correspondenz“, einem mehr als officiösen Blatte, einem leidenschaftlichen Angriff gegen österreichische Bestrebungen, anläßlich einer unter der Ueberschrift „Die Annexion Rumaniens durch Oesterreich“ erschienenen Broschüre. Was uns anbelangt, so betrübten uns die möglichen und wahrscheinlichen Consequen-

zen des Antagonismus der beiden Großmächte Mitteleuropas, auf den wir soeben hingewiesen haben. Die Versöhnung beider scheint von Tag zu Tag schwieriger zu werden; das gesammte Europa leidet darunter, weil diese unaufhörlichen Zänkereien auch zu beständigen Befürchtungen Anlaß geben. Und doch ist der einmüthige Wunsch aller Nationen auf den Frieden und einzig und allein auf Frieden gerichtet; wird der Friede aber auch erhalten bleiben können? Wird die Civilisation endlich den Sieg über die Barbarei, das Interesse der Völker über die Interessen der Dynastien davontreten können?

— (Die Unruhen in St. Etienne.) Der Telegraph meldet uns von ziemlich ernstlichen Ausbrüchen, welche in dem Kohlenbecken von St. Etienne vorgekommen sind. In fast allen Gruben wurde die Arbeit eingestellt. Eine Bande von 150 Personen, von der Niemand weiß, woher sie kam, sagt das „Memoriale de la Loire“, erschien am vorigen Donnerstag in nicht weniger als 22 Dörfern und Gruben und ordnete, theilweise unter Gewaltandrohung, die Einstellung der Arbeit an. Sie zwangen die Ingenieure und Beamten, die in den Gruben und Galerien beschäftigten Arbeiter heraufsteigen zu lassen. Die Arbeiter wurden also ohne Licht befördert und zögerten nicht, sich wie ihre Kameraden aus dem Staube zu machen. Einmal die Arbeit unterbrochen, hielten die ungebeten Gäste die Maschinen an und ließen den Dampf entweichen. An einzelnen Stellen zerbrachen sie die Kesselventile. In der Grube Rochefort zerstörten sie eine Eisenbahn und zertrümmerten die Scheiben der Gebäude. Nirgendwo haben sie bestimmte Forderungen gestellt. Die Lösung dieser merkwürdigen Vorfälle hat man noch zu erwarten. Die Gruben sind einstweilen von Truppen besetzt. Bei dem Versuche, die ziemlich zahlreichen Inhaftirten zu befreien, kam es, wie nun gemeldet wird, zu zahlreichen Verwundungen. Die Truppen gaben Feuer, und es sind außer vielen Verwundungen, zehn Menschenleben zu beklagen.

St. Etienne, 18. Juni. (Zu den Unruhen.) Der gestrige Tag und Abend sind trotz einer gewissen Aufregung ruhig verlaufen. Das Journal „l'Éclair“ wurde mit Beschlag belegt. Zehn Infanteriebataillons und eine Escadron bewachen das Kohlenbecken. Alle Schächte werden militärisch bewacht.

Brüssel, 17. Juni. (Sitzung der Deputirtenkammer.) Die Mitglieder der Linken beantragten die Anwendung der Schuldhaft bis zum Jahre 1870 zu vertragen und in gleicher Weise mit der Vertagung der bezüglichen Verurtheilungen bis dahin vorzugehen. Die Kammer beschloß, den Antrag in Erwägung zu ziehen und überwies denselben an eine Specialcommission.

— 18. Juni. (Die Deputirtenkammer) genehmigte mit 50 gegen 28 Stimmen den Antrag auf temporäre Suspendirung der Personalhaft; ausgenommen hievon ist nur die Vollstreckung der Haft gegen unehorsame Zeugen.

Madrid, 18. Juni. (Die Budgetcommission), welcher der Antrag auf eine 33perc. Couponsteuer zugewiesen wurde, hatte schon früher einen Antrag auf eine 14perc. Couponsteuer verworfen. Die Regierung ist weder mit dem einen, noch mit dem anderen Antrage einverstanden und will nur eine 5perc. Couponsteuer auf die im Inlande befindliche Rente zugeben.

London, 19. Juni. (Oberhaus.) Nachdem noch mehrere für und gegen die zweite Lesung der Kirchenbill gesprochen, erfolgte um 3 Uhr Morgens die Abstimmung. Die zweite Lesung wurde mit 179 St. gegen 146 angenommen.

Belgrad, 17. Juni. (Bank.) Die constituirende Generalversammlung der ersten serbischen Bank hat Karabiberovic zum Präsidenten gewählt. Nach den Statuten hat die Regierung der Bank ein ausschließliches Privilegium auf 5 Jahre verliehen. Die Stimmung im Volke ist dieser Unternehmung günstig.

Athen, 17. Juni. (Die Kammer) wurde heute durch den König eröffnet. Die königliche Thronrede zählt die Gründe der Auflösung der früheren Kammer auf und kündigt Gesekentwürfe über die Ministerverantwortlichkeit, über die Reorganisation des Volksunterrichtes und des Gerichtswesens, über die Aufhebung des Zwangscourses für das Papiergeld und über öffentliche Bauten an, darunter auch über die Durchstechung des Isthmus von Corinth.

Washington, 16. Juni. (Der spanische Gesandte) informirte den Staatssecretär, daß Spanien seine Zustimmung zu der Vermittlung der Union zwischen Spanien und Peru wegen Anerkennung des Aufstandes in Peru zurückziehe.

Washington, 16. Juni. (Die Motley'schen Instruktionen.) Folgendes ist der Inhalt der Motley'schen Instruktionen: Er erkläre die Gründe für die Verwerfung des „Alabama“-Vertrages, ohne Amerika zu besonderer Politik zu verpflichten, stelle vorerst keinerlei Ausgleichsanträge, versichere, daß Englands Neutralitäts-Proclamation als solche kein Klagegrund, aber unfreundlich und schadenbringend gewesen sei, und drücke schließlich den aufrichtigen Wunsch Amerikas nach einem ehrenvollen Ausgleich aus.

New-York, 17. Juni. (Kabeltelegramm.) Mehrere mit der Revolutionsjunta verbündete Amerikaner und Cubaner wurden wegen Verletzung des Neu-

tralitätsgesetzes durch die Bildung einer cubanischen Expedition verhaftet.

Philadelphia, 14. Juni. (Gegen die Indianer.) Die Regierung beschloß, die Indianer energisch zu bekämpfen. Sheridan begab sich nach dem Westen, um das Truppencommando zu übernehmen. Verstärkte Truppenabtheilungen werden die Pacificbahn schützen.

Tagesneuigkeiten.

— (Von Schmidters Wiener Briefsteller und Hausadvocat) für die österreichisch-ungarische Monarchie, 9. Auflage, ist soeben die 1. Lieferung in eleganter Ausstattung erschienen. Das Werk, welches bereits in 40.000 Exemplaren verbreitet ist, wird mit 8 Lieferungen, à 20 fr. ö. W., vollständig. Durch gewissenhafte Umarbeitung, bei der alle bis in die neueste Zeit erlassenen Gesetze beider Reichshälften berücksichtigt wurden, ist dieses beliebte Werk im wahrsten Sinne zu einem Volksbuche gestaltet, dessen Anschaffung Jedermann empfohlen werden kann.

— (Wasserverheerungen.) Am 30. Mai fiel in der Gegend von Borgo, Torcegno, Telve und Carzano ein wolkenbruchartiger Regen, so daß die ältesten Leute eines solchen sich nicht zu erinnern wissen, und die Folge hievon war, daß von den Feldern die Erde weggespült, Gruben aufgerissen, die Wege ausgehöhlt und die Felder überschüttet wurden, sowie auch an mehreren Orten Murrbrüche stattgefunden haben. In der Nähe von Borgo führte der Wildbach Sopravigo eine solche Masse Steine und Schutt mit sich in die Brenta, daß ihr Bett angefüllt wurde, der Fluß über die Feldungen seinen Lauf nahm und sich ein neues Bett in denselben ausgegraben hat. Erst seit ein paar Tagen wurde der Fluß wieder in sein altes Bett zurückgeführt. In Telve war die Zerstörung noch größer. Dort stürzten Steinblöcke von ungeheurer Größe hernieder, Archen fielen ein, Felder wurden fortgerissen und eine Mühle, welche gut und sicher gebaut schien, wurde zu drei Vierteltheilen zerstört. Es ging dabei ein junger Mülknecht in seinem Bette und das Vieh im Stalle zu Grunde, die übrigen Leute konnten noch gerettet werden. Der vorgenommene Augenschein hat gezeigt, daß diese Verwüstungen lediglich durch die Devastation der Wälder herbeigeführt wurden.

Locales.

— Der Herr Landespräsident v. Conrad hat aus Anlaß der letzten Ruhestörungen nachstehendes Rundschreiben an die k. k. Bezirkshauptleute erlassen:

„Es ist Euer Wohlgeboren bekannt, daß in neuester Zeit, namentlich in einigen Theilen dieses Landes, Symptome einer ungewöhnlichen Aufregung unter dem Landvolke zu Tage getreten sind und durch Ausbrüche roher Leidenschaft und durch Vergewaltigungsversuche Andersdenkender sich kundgegeben haben.

Einem solchen Zustande der Dinge muß um so nachdrücklicher Einsicht geboten werden, als nach den darüber gemachten Wahrnehmungen die Bewegung das Gepräge von Bestrebungen und Tendenzen an sich trägt, welche den Grundsätzen der Verfassung und den Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung geradezu widerstreiten, der Entwicklung und Verwirklichung der Verfassung hemmend entgegenwirken und, wenn sie in weiterem Umfange zur Geltung kommen würden, die öffentliche Ruhe und Ordnung dauernd zu gefährden geeignet sind.

Ich zweifle nicht, daß Euer Wohlgeboren, insofern eine solche Gefährdung irgendwie innerhalb Ihres Verwaltungsbezirkles zu besorgen ist, rechtzeitig derselben mit allem Ernste begegnen, und insofern etwa die Localmittel der Gemeinden zur Handhabung der ihnen obliegenden Polizeiverwaltung nicht ausreichen, oder die Gemeindevorstellungen ihrer diesfälligen Pflicht nicht in entsprechender Weise nachkommen, mit den geeigneten Maßnahmen im Sinne des Gesetzes vorgehen werden.

Andererseits stellt sich aber die Belehrung und Aufklärung der Gemeindevertretungen und der Bevölkerung über Sinn und Bedeutung der Verfassung und der damit geschaffenen gesellschaftlichen Ordnung, welche allen Staatsbürgern gleichmäßig zugute kommt, insbesondere der staatsbürgerlichen Grundrechte, der Wehrverfassung, der confessionellen und Schulgesetze, als das einzige und dringend gebotene Mittel dar, um Verständniß und Anhänglichkeit für diese Gesetze und Grundlagen unserer staatlichen Ordnung zu verbreiten.

Es ist mir bekannt, daß dieser Weg von den Vorstehern einiger Bezirke bereits mit Erfolg betreten wurde und namentlich die Sitzungen der Gemeindeausschüsse denselben zu solchen Bestrebungen die gut gewählte Gelegenheit bieten.

Allein nur unermüdete Ausdauer und Beharrlichkeit kann auf diesem Wege zum Ziele führen und wird endlich auch dazu führen.

Euer Wohlgeboren wollen es sich zur besonderen Pflicht machen, jede Verührung mit der Bevölkerung Ihres Bezirkes, namentlich die Amtstage und die Sitzungen der Gemeindeausschüsse, denen Sie gerade in dieser Absicht so oft als immer möglich beiwohnen wollen, dazu zu benutzen, um das Verständniß und Interesse für die Staatsgrundgesetze und die aus ihnen hervorgehenden wohlmeinenden und freisinnigen Intentionen der Regierung unter der Bevölkerung und insbesondere unter den Gemeindevertretungen zu verbreiten und feste Wurzeln gewinnen zu lassen.

Im gleichen Sinne wollen Sie unablässig bemüht

sein, allen gegentheiligen irreführenden, aufreizenden, von falschen Vorpiegelungen über Gefährdung der Nationalität und Sprache, oder des Glaubens, über willkürliche Steuerbedrückung u. s. w. begleiteten Agitationen kräftigt und offen entgegen zu wirken.

Ich beziehe mich hier auf meinen heutigen Erlaß in Betreff der Ueberwachung der Lehr-Individuen und ihres Einflusses auf die Schuljugend. Ebenso liegen Anzeigen von Fällen vor, wo auch die Kanzel dazu gemißbraucht wurde, um unter der Maske des angeblich bedrohten Glaubens und der gefährdeten Kirche, sowie unter Vorpiegelung von weiteren Gefahren, welchen dieselbe entgegensteht, verkappte wie auch direkte Ausfälle auf die Verfassung und Gesetzgebung zu unternehmen.

So sehr es der Regierung völlig fern liegt, gegen den Clerus und den Priesterstand im Lande überhaupt ein vorgefaßtes Mißtrauen hegen, seine Thätigkeit in seinem natürlichen heilbringenden Berufe irgendwie beeinträchtigen, oder die Verdienste desselben für die gesellige Ordnung, Sittlichkeit und religiöse Volkserziehung im Allgemeinen irgendwie verkleinern zu wollen, so fordern doch umsomehr jene einzelnen Erscheinungen zur ernstlichen und gesteigerten Aufsicht, zur erhöhten thätigsten Ueberwachung und strengsten Anwendung des Gesetzes auf.

Unter Hinweisung auf meinen aus Anlaß ähnlicher Vorkommnisse unterm 25. October 1867, Zahl 2602 P., ergangenen Erlaß mache ich es dem Herrn k. k. Bezirkshauptmann zur besonderen Aufgabe, allen derlei Untrieben und Agitationen, welche auf eine Irreleitung, Verwirrung des gesunden Sinnes der Bevölkerung und deren Ausbeutung zu verfassungswidrigen Zwecken, sei es direkt oder indirekt abzielen, eine besonders scharfe Aufmerksamkeit zu widmen, und gegen die Urheber solcher Untriebe im Wege der k. k. Staatsanwaltschaft, welche auch ihrerseits zur besonderen Strenge und Aufmerksamkeit aufgefordert ist, die strafgerichtliche Untersuchung zu veranlassen, beziehungsweise sofern sich in der betreffenden Handlungsweise die Merkmale einer Uebertretung des § 11 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 ergeben, darüber im eigenen Wirkungskreise mit voller Strenge des Gesetzes sogleich vorzugehen; — und wollen Euer Wohlgeboren dabei namentlich auch darauf bedacht sein, daß bei gesetzwidrigen Ausschreitungen in allen öffentlichen Vorträgen der Thatbestand der strafbaren Handlung sichergestellt werde.

Alle derartigen Vorkommnisse sind sogleich zu meiner Kenntniß zu bringen, und ist stets im Berichte zugleich zu bemerken, was darüber von Seite des Herrn k. k. Bezirkshauptmannes verfügt worden ist.

Durch die Mittel der Aufklärung, wie durch ein bereitwilliges Entgegenkommen für die gerechten Wünsche der Bevölkerung einerseits, und durch entschiedenes energisches Vorgehen gegen verfassungswidrige Ausschreitungen andererseits kann und wird es dem Herrn k. k. Bezirkshauptmann gelingen, in jeder Gemeinde einen kräftigen, immer mehr zunehmenden Anhang zu begründen und Vertrauensmänner zu gewinnen, welche Ihnen in allen Unternehmungen für die verfassungsmäßige Entwicklung und gesetzliche Ordnung in der Gemeinde und im Bezirkegebiete mannhast und erfolgreich zur Seite stehen werden.

Ich lege das ganze Gewicht meiner verantwortlichen Stellung darauf, wenn ich es Herrn Bezirkshauptmann zur Pflicht mache, alles aufzubieten, damit die durch künstliche Einflüsse verfassungsfeindlicher Elemente hervorgerufenen anomalen Zustände keine weitere Verbreitung gewinnen, allmählig auch in den davon ergriffenen Theilen des Landes und der Bevölkerung beseitigt und die Achtung für Verfassung und Gesetz fest und dauerhaft begründet werde.

Empfangen Euer Wohlgeboren die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung.

Laibach, am 14. Juni 1869.

v. Conrad m. p.“

— (Erledigter Landtagsbeschuß.) Der Landtag hat in der Sitzung am 2. October v. J. den Beschuß gefaßt, an das hohe Justizministerium die Bitte zu richten, daß dasselbe den k. k. Gerichtsbehörden jenen Erlaß vom 5. September 1867, Z. 8636 und 9396, wegen slovenischer Amtirung bei Zeugenverhören, und in jenen Fällen, wo die Parteien nur dieser Sprache kundig sind, sowie auch der slovenischen Erledigungen nach derlei Eingaben neuerdings einschärfe, und dem Oberlandesgerichte die genaue diesfällige Ueberwachung auftragen und weiters anordnen möge, daß bei Schlußverhandlungen die Vertreter solcher Angeklagten, die nur des Slovenischen mächtig sind, sich nur dieser Sprache bedienen dürfen. Dieser Beschuß nun ist vom Justizministerium dahin erledigt worden, daß es sich nicht veranlaßt fühle, den Behörden neuerdings die Beobachtung einer von ihm erlassenen Verordnung in Erinnerung zu bringen, da es voraussetzen muß, daß den Verfügungen des Ministeriums von Seite der Behörden nachgekommen werde, indem bisher in der gedachten Richtung noch keine einzige Beschwerde ihm bekannt geworden sei. Auf keinen Fall jedoch könne es den Verteidigern bei Schlußverhandlungen den Gebrauch einer bestimmten Landessprache vorschreiben, indem hiedurch das Recht des Angeklagten, dem die Wahl seines Verteidigers zusteht, verkürzt, und das Vertretungsrecht der Rechtsanwälte in der hiesigen Reichshälfte eingeschränkt würde, wohl aber wolle es die Gerichte aufmerksam machen, daß bei Bestellung von ex offio Verteidigern Rücksicht genommen werde, daß dieser der Sprache des Angeklagten vollkommen kundig sei.

(Ernennung.) Der k. k. Regierungsschreiber Herr ...

(Zu unserer Notiz über Weinbau in Krain) in Nr. 136 d. Bl. haben wir zu bemerken, daß ...

(Confiscirung.) Die Samstag ausgegebene Nummer des "Brensch" wurde über Veranlassung der ...

(Entsprungener Sträfling.) In der Nacht vom 13. auf den 14. d. M. gelang es dem wegen ...

Gemeinderathssitzung vom 19. Juni.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Josef Suppan. — k. k. ...

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der ...

Ueber Antrag des G. R. Mahr wird sohin dem Bürgermeister ...

G. R. Dr. Pfefferer referirt namens der vereinten Magistrats-Personal- und Finanzsection — in Betreff der ...

Ueberdies wird die einstweilige Belassung des Dekonoms ...

In der Specialdebatte wurde der Antrag auf Festsetzung ...

Hierauf wird die öffentliche Sitzung um 7 Uhr Abends ...

Nach einer uns zugekommenen Mittheilung wurde die erste ...

Rückfichtlich der dritten Magistratsrathsstelle mit jährlichen ...

Die bisherigen Stellen eines Magistratscommissärs, Concipisten ...

Ueberdies kamen in dieser Sitzung auch die neucreirten 8 ...

Neueste Post.

Prag, 19. Juni. (N. Br. Tgbl.) Bei Stiechowitz ist heute ...

Gegen die Petarden-Attentäter Körper und Fiala ist die ...

Berlin, 19. Juni. (N. Fr. Pr.) Von der polnischen Grenze ...

Mailand, 19. Juni. Gestern Abends bisdeten sich auf dem ...

Madrid, 18. Juni. (N. Fr. Pr.) Das neue Cabinet ist constituirt ...

Telegraphische Wechselcourse

Spec. Metalliques 62.35. — Spec. Metalliques mit Mai- und ...

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 19. Juni. Auf dem heutigen Markte sind erschienen ...

Durchschnitts-Preise.

Table with columns for commodity names (Weizen, Korn, Gerste, etc.) and prices in fl. and kr.

Lottoziehung vom 19. Juni.

Wien: 6 72 75 50 55. Graz: 76 66 10 50 84.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns for date, time, barometer, wind, and other meteorological data.

Den 19. tagüber Wellende geschloffen. Abends nach acht ...

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmahr.

Börsenbericht. Wien, 18. Juni. Die Börse war ungünstiger als gestern ...

Large financial table with columns for A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Actien von Bankinstituten, D. Actien von Transportunternehmungen, E. Pfandbriefe, F. Prioritätsobligationen, and G. Privatlose.